

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

18.01.2023

Inhalt

EWN

1 Rückbau des AKW Krümmel könnte noch 2023 beginnen <i>LN-online (Lübecker Nachrichten), 17.01.2023</i>	3
---	---

 LN-online (Lübecker Nachrichten) | 17.01.2023

 WEBLINK

Rückbau des AKW Krümmel könnte noch 2023 beginnen

2007 sorgte ein Trafo-Brand für Aufsehen, 2011 folgte das Aus, 2015 stellte Vattenfall den Antrag auf Abbau der Anlage: Doch bis heute gibt es für das Kernkraftwerk Krümmel keine Rückbaugenehmigung.

Geesthacht. Nachdem die damalige Bundesregierung 2011 nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima das Aus für die ältesten deutschen Atomkraftwerke und das als „Pannenmeiler“ in Verruf geratenen Kernkraftwerk Krümmel beschlossen hatte, wartet der Energiekonzern Vattenfall seit Sommer 2015 auf die Genehmigung des Rückbauantrags. Für den Meiler Brunsbüttel hatte es sieben Jahre gedauert – doch für die Anlage in Geesthacht ist noch immer kein Termin absehbar. Christopher Vogt aus Nusse, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Kieler Landtag, wollte im Rahmen einer Kleinen Anfrage für die Menschen in der Region Klarheit erlangen.

Genehmigung in zweiter Jahreshälfte möglich

Die schwarz-grüne Regierung hat nun über die beim Land angesiedelte Atomaufsicht die Antworten geliefert. Demnach wird „derzeit mit einer Genehmigung in der zweiten Jahreshälfte 2023“ gerechnet. Sollte Vattenfall dann zeitnah mit dem Rückbau starten, würde dieser rund 15 Jahre dauern. Ungelöst ist weiterhin die Entsorgung des anfallenden Abfalls. Selbst gegen normalen Bauschutt, der frei von kritischer Kontamination ist, gibt es bei Entsorgern wegen Protesten der Bevölkerung Widerstand. Die Deponierung von radioaktivem Abfall ist komplett ungelöst. Immerhin: Das Atomkraftwerk selbst ist mittlerweile frei von hochradioaktiven Brennelementen, die wurden im benachbarten Standortzwischenlager in Castorbehältern untergebracht. Das Lager dürfte noch Jahrzehnte stehen, ehe es geräumt werden kann. Es fehlt ein Endlager.

Abbau von Krümmel ist komplex

In ihrer Stellungnahme verweist die Landesregierung auf die „Komplexität eines Stilllegungs- und Abbauprojektes eines Atomkraftwerks“ hin. Sie sei „bedingt aufgrund des entsprechenden Gefährdungspotentials und der zu erfüllenden Anforderungen des atomrechtlichen Regelwerkes sowie umfangreicher Prüfungen von Sachverständigen und der Genehmigungsbehör-

de selbst“. Vattenfall hatte 2015 die Stilllegung und den Abbau des Atomkraftwerks Krümmel gemäß § 7 Absatz 3 Atomgesetz beantragt und diesen Antrag 2017 ergänzt.

„Dieser Antrag wurde in den folgenden Jahren mit konkretisierenden Konzepten und weiteren Unterlagen präzisiert“, heißt es in der Antwort auf die Kleine Anfrage von Christopher Vogt. Alle diese Dinge sind auch online auf der Homepage des Landes einsehbar – auch, dass Vattenfall die Unterlagen teilweise angepasst oder neu eingereicht hatte. Das aus den Prüfungen resultierende Sicherheitsgutachten liegt der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde seit Ende Juli 2022 vor, allerdings stünden noch weitere Prüfergebnisse von Sachverständigen aus. „Atomkraft ist auch in der Nachbetriebsphase eine Hochrisikotechnologie. Deshalb gilt es, durch einen geordneten Prozess die hohen Sicherheitsanforderungen zu jedem Zeitpunkt zu gewährleisten“, heißt es seitens des Landes.

Land: Verantwortung liegt bei Vattenfall

„Das Umweltministerium verweist in der Antwort auf meine Kleine Anfrage erstaunlich oft auf die Verantwortung des Betreibers“, stellt Vogt fest. So etwa bei den Fragen, wie die Deponierung der Abfälle erfolgen solle oder wie der Zeitplan für den Rückbau aussehe.

„Die Entsorgung von Stoffen auf Deponien liegt in der Verantwortung der Betreiberin und des für sie zuständigen kommunalen Entsorgungsunternehmens. Für die Entsorgung zu deponierender Abfälle des KKK gibt es seit Jahren eine Lösung auf freiwilliger Basis und nach dem sogenannten Deponie-Plus-Modell, das von der Landesregierung unterstützt wird“, heißt es weiter. Nur: Bisher hat sich kein Deponiebetreiber bereit erklärt, Material aus dem Kraftwerk anzunehmen. Auf dem Hof des ehemals leistungsstärksten Siedewasserreaktors der Welt lagern in Dutzenden Containern bereits entfernte Dämmstoffe, weil deren Be-

seitigung nicht geregelt ist.

540.000 Tonnen Müll

Fakt ist, dass Krümmel von innen nach außen abgebaut wird. Zunächst müssen die Einbauten im Bereich des Reaktordruckbehälters entfernt werden. Dort ist aufgrund des jahrzehntelangen Betriebs neben der Turbinentechnik die höchste radioaktive Strahlung zu erwarten. Die Gebäudehülle verschwindet also erst, wenn innen sämtliche Einbauten entfernt sind. Vattenfall rechnet für Krümmel mit einer Gesamtmasse von 540 000 Tonnen Müll. Davon seien nur ein bis drei Prozent als radioaktiver Abfall einzustufen und schwer einzulagern. Das restliche Material könne nach einer

Freimessung anderweitig genutzt oder deponiert werden.

„Immerhin gibt es jetzt einen halbwegs konkreten Zeitpunkt für die Erteilung der Stilllegungs- und Abbaugenehmigung“, sagt Vogt. „Es sollte dann auch wirklich losgehen. Weitere Verzögerungen müssen vermieden werden“, lautet seine Forderung.

Eine Vattenfall-Sprecherin wollte die Erklärungen aus Kiel auf Anfrage nicht kommentieren. Der Prozess für Krümmel dauere bereits jetzt länger als bei allen anderen Atomkraftwerken – und koste Vattenfall jährlich einen zweistelligen Millionenbetrag wegen laufender Betriebskosten.